

Kurzbericht

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

(82. - öffentliche - Sitzung am 26. August 2026)

Tagesordnung:

1. a) **Gänsemanagement in Niedersachsen: Förderlücken schließen - Verfahren beschleunigen - neue Lösungsansätze erproben**
Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/8959](#)
- b) **Konsequentes jagdliches Gänsemanagement in Niedersachsen - Landwirtschaft entlasten, Bodenbrüter schützen, Seuchenrisiken reduzieren**
Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 19/9350](#)
- c) **Gänsemanagement in Niedersachsen auf Grundlage belastbarer Daten und unter Beachtung europarechtlicher Vorgaben fortentwickeln**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/10673](#)

Der Ausschuss führt eine Anhörung durch. Angehört werden:

- Landwirtschaftskammer Niedersachsen
- Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN)
- Venema GbR
- Institute for Wetlands and Waterbird Research e. V.
- Friesischer Verband für Naturschutz e. V.
- Kreislandvolkverbände Friesland und Wesermarsch e. V.

2. Unterrichtung durch die Landesregierung zum „Niedersächsischen Fischereidialog“

Der Ausschuss nimmt die Unterrichtung entgegen und führt darüber eine Aussprache.

Er bittet die Landesregierung, für eine Fortsetzung der Unterrichtung von sich aus wieder auf den Ausschuss zuzukommen, sobald alle Stellungnahmen ausgewertet sind und ein umfassender Überblick gegeben werden kann.

3. Ein aktives Wolfsmanagement in Niedersachsen - für die Weidetierhaltung, den Deichschutz und die Sicherheit der Menschen im ländlichen Raum

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/8539](#)

Seitens der SPD-Fraktion wird um Zurückstellung der abschließenden Beratung gebeten. Der Ausschuss entspricht dieser Bitte und beschließt, die weitere Beratung des Antrages zurückzustellen.

4. Zeitgemäße und anforderungsgerechte personalwirtschaftliche Rahmenbedingungen für Niedersachsens Landwirtschaft und ihre Beschäftigten

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/10928](#)

Der Ausschuss beginnt mit der Beratung und bespricht Verfahrensfragen.

Seitens der CDU-Fraktion wird eine schriftliche Unterrichtung durch die Landesregierung beantragt.

Der Ausschuss schließt sich diesem Antrag einvernehmlich an und beschließt, die Landesregierung um eine schriftliche Unterrichtung zu bitten. Der Ausschuss legt Wert darauf, dass in der Unterrichtung auch auf Aspekte eingegangen wird, die in den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung fallen. Ferner bittet er darum, die schriftliche Stellungnahme auch den Mitgliedern dieses Ausschusses zuzuleiten.

5. Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zum Immissionsschutzrecht - u.a. zur TA Luft

Der Ausschuss schließt sich einvernehmlich dem Antrag der CDU-Fraktion an und beschließt, die Landesregierung um eine mündliche Unterrichtung zu bitten.

6. Terminangelegenheiten

Der Ausschuss beschließt, den Sitzungsbeginn für seine Sitzung am 4. November 2026 auf 14:00 Uhr zu verschieben.

Außerdem beschließt der Ausschuss, für den „Geführten Rundgang über die Grüne Woche am 15. Januar 2027“ die Marketinggesellschaft um die inhaltliche Gestaltung des Rundgangs zu bitten.